



Pro und Contra Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Nein zur Initiative für Ernährungssouveränität

Die Ernährungssouveränitäts-Initiative nimmt wichtige Anliegen und Forderungen im Bereich Landwirtschaft auf. Zugleich hat die Initiative jedoch viel zu umfangreichen und abschottenden Ansatz, der weder der Schweizer Landwirtschaft noch den Konsumenten oder dem Handel nützen würde. Der Konsumentenschutz lehnt die Initiative deshalb ab und empfiehlt ein Nein an der Urne.

Was will die Initiative?

Die Initiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» wurde vorwiegend von der Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre lanciert und fordert eine Wende in der Agrarpolitik (siehe [Initiativtext](#) und [Website](#)). Sie verlangt die explizite Förderung der einheimischen Lebensmittel- und Futterproduktion, will Arbeitsplätze und Betriebe im Inland erhalten, den Einsatz von Gentechnik in der Schweizer Landwirtschaft auf Dauer verbieten, staatlich festgelegte Preise, eine Regulation der Einfuhr von Importprodukten über (höhere) Zölle und anderes mehr.

Über die Initiative wird am 23. September 2018 abgestimmt.

Was spricht dagegen?

Die Forderungen der Initiative sind viel zu breit und kaum umsetzbar. Sie würden die bisherige Landwirtschaftspolitik komplett umpflügen, mit einem ungewissen Resultat. Denn die Initiative schiebt dem **Staat** eine zu grosse Macht zu, etwa bei der Festsetzung der Preise. Eine staatliche Mengen- und Preissteuerung ist jedoch nicht im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten.

Die Initiative sieht sich auch als Instrument gegen die Globalisierung und den Freihandel. Der Schweizer Markt soll eigenständig und abgeschirmt von Europa und dem Weltmarkt funktionieren. Ein **abgeschotteter Markt** ist jedoch schädlich für die Konsumenten und die Wirtschaft. Der Konsumentenschutz will einen partnerschaftlichen und fairen Handel.

Zudem kommt die Schweizer Landwirtschaft bei einem abgeschotteten Markt zum Erliegen: Sehr viele Vorleistungen (Futtermittel, Dünger, Saatgut, Jungtiere, Maschinen, Bauten u.a.) kommen aus dem Ausland. Ohne diese könnte die Schweizer Landwirtschaft nicht mehr produzieren. Es ist also wichtig, dass die Schweiz ein gutes Einvernehmen mit den umliegenden Ländern hat.

Die Initiative lässt die **Konsumentinnen und Konsumenten** als zentrale Partner der Ernährungswirtschaft ausser Acht.

Importe, welche nicht dem Schweizer Standard entsprechen, sollen mit Strafzöllen belegt werden. Schweizer Standards sind jedoch nicht in jedem Fall die besten. Zudem würde ein solches Vorgehen gegen die WTO verstossen und Sanktionen nach sich ziehen.

Was spricht dafür?

Die Initiative nimmt verschiedene wichtige und sympathische Anliegen auf: Sie will eine «einheimische bäuerliche Landwirtschaft, die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird». Auch gerechte Preise, mehr Transparenz oder die Förderung der regionalen Produktion sind Anliegen, welche der Konsumentenschutz unterstützt. Allerdings ist offen, wie diese elementaren Fragen über die Verfassung und entsprechende Gesetze befriedigend gelöst werden können.

Die Initiative will die grüne Gentechnik in der Schweiz auf Dauer verbieten. Auch der Konsumentenschutz setzt sich dafür ein, da in der kleinräumigen Schweiz eine Koexistenz von Gentechnik und gentechnik-freier Landwirtschaft nicht möglich ist. Die Wahlfreiheit der Konsumenten ist jedoch unbedingt zu gewährleisten

Bern, Juli 2018